AKREF-Nachrichten vom 13.11.2026 bis 20.11.2026

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

2007- 2026 Deutsche Evangelische Allianz e.V. | Umsetzung: b13 GmbH | Kontakt | Spenden | Impressum

Inhaltsverzeichnis

Afrika-Deutschland: Über eine Million Unterschriften gegen Christenverfolgung 3

Ägypten: Zahl evangelikaler Gemeinden um ein Viertel gewachsen 4

Belarus: Katholischer Priester unter geheimnisumwitterten Umständen zu drei Jahren Haft verurteilt 5

Burundi: Blindenschule auch für Sehende 7

Deutschland-Iran: Islamismus-Debatte 8

Deutschland: Evangelische Kirche verurteilt antisemitischen Drohbrief 9

Deutschland: Hamburg: Mit einer Lichterkette für verfolgte Christen einsetzen 10

Deutschland: Kirchen begrüßen Religionsfreiheitsbericht der Bundesregierung 11

Deutschland: Kirchen fordern Abschiebestopp nach Afghanistan 12

Deutschland: Klopp: Nmecha wird umstrittenen Torjubel unterlassen 13

Deutschland: Offener Brief; Theologen solidarisieren sich mit Felix Nmecha 14

Deutschland: „Christenverfolgung“ – eine Frage der Definition 15

Dominikanische Republik: Bibeln verschenkt 17

Europa: Angriffe auf Christen um 44 Prozent gestiegen 18

Ghana: Bischöfe prangern illegalen Bergbau, Drogenhandel und soziale Spannungen an 20

Jordanien: Todesurteile nach Anschlag auf orthodoxe Kirche 22

Österreich: Salzburg verzichtet auf Gedenken an verfolgte Christen 23

Subsahara-Afrika: „Open Doors“ präsentiert eine Million Unterschriften gegen Christenverfolgung 24

Südsudan: Stammestraditionen contra Musikinstrumente 25

Usbekistan: Fünf Jahre Haft für das Posten schiitischer Klagelieder 27

Weltweit: Lage der Religionsfreiheit weltweit verschlechtert 28

Weltweit: Pew - Muslime bilden 2035 die größte religiöse Gruppe 30

Afrika-Deutschland: Über eine Million Unterschriften gegen Christenverfolgung

Open Doors übergibt Petition an Religionsfreiheitsbeauftragten Thomas Rachel

Berlin/Kelkheim (IDEA) – Mehr als eine Million Menschen aus 183 Ländern fordern ein Ende der Gewalt gegen Christen in Afrika südlich der Sahara. Der Beauftragte der Bundesregierung für Religions- und Weltanschauungsfreiheit, Thomas Rachel, nahm die 1.046.377 Unterschriften einer Petition des überkonfessionellen Hilfswerks Open Doors (Kelkheim) am 13. November in Berlin symbolisch entgegen. Wie das Hilfswerk mitteilte, überreichte der leitende Analyst für die Region Subsahara-Afrika bei Open Doors, Illia Djadi, die Unterschriften. Er stammt selbst aus dem Niger. Knapp ein Drittel der Unterzeichner kommt nach Angaben von Open Doors aus Ländern südlich der Sahara.

Schutz, Gerechtigkeit und Wiederherstellung gefordert

Mit der Petition übermitteln die Unterzeichner den Appell afrikanischer Christen an politische Verantwortungsträger: „Bitte sorgen Sie dafür, dass Christen und andere schutzbedürftige Personen in Subsahara-Afrika respektvoll behandelt werden und ihre Würde geachtet wird." Gefordert werden wirksamer Schutz vor gewaltsamen Angriffen durch Milizen, eine angemessene Strafverfolgung der Angreifer sowie Heilung und Wiederherstellung aller betroffenen Gemeinschaften. Das Ausmaß der Not erfordere auch größere Anstrengungen auf politischer Ebene, erklärte Open Doors. Das Hilfswerk will die Unterschriften deshalb auch Vertretern weiterer Regierungen, der Vereinten Nationen (UN), der Europäischen Union (EU) und der Afrikanischen Union übergeben. Bereits am 12. November war eine Delegation mit der Petition an der Downing Street in London empfangen worden. Zu ihr gehörte die Nigerianerin Afordia. Ihr Ehemann Isaac Inuwa am 29. Oktober 2014 von Kämpfern der islamistischen Terrorgruppe Boko Haram (Westliche Bildung ist Sünde) erschossen worden, nachdem er sich zu seinem christlichen Glauben bekannt hatte. „Er kniete nieder und begann zu beten. Sekunden später erschossen sie meinen Mann mit mehreren Schüssen", berichtete sie.

Neun von zehn getöteten Christen aus der Region

Nach Angaben von Open Doors stammten neun von zehn Christen, die im vergangenen Jahr weltweit wegen ihres Glaubens getötet wurden, aus der Subsahara-Region Afrikas. Durchschnittlich würden dort zwölf Christen pro Tag wegen ihres Glaubens getötet. Am stärksten betroffen seien Nigeria, die Demokratische Republik Kongo, der Sudan und Burkina Faso. Rund 16 Millionen Christen seien derzeit auf der Flucht vor der Gewalt. 39 Prozent aller Binnenvertriebenen weltweit lebten in der Region. Immer neue Angriffe auf Dörfer zerstörten Existenzen und entwurzelten ganze Gemeinschaften; die Überlebenden blieben oftmals mittellos und traumatisiert zurück. Der nigerianische Bischof Ayuba Matawal beschrieb den Alltag der Christen dort: „Wenn wir morgens aufwachen, danken wir Gott als Erstes dafür, dass wir noch am Leben sind."

Kampagne „Arise Africa"

Die Petition entstand in Zusammenarbeit mit afrikanischen Organisationen und ist Bestandteil der Kampagne „Arise Africa", die Open Doors auf Bitten afrikanischer Kirchenleiter Mitte 2025 ins Leben gerufen hat. Nach Angaben des Hilfswerks sind weltweit mehr als 388 Millionen Christen intensiver Verfolgung ausgesetzt. Open Doors ist in mehr als 70 Ländern tätig und veröffentlicht jährlich den Weltverfolgungsindex.

Ägypten: Zahl evangelikaler Gemeinden um ein Viertel gewachsen

Präsident protestantischer Gemeinden: Verhältnis zum Staat deutlich verbessert

Kairo (IDEA) – Die Zahl der evangelikalen Gemeinden in Ägypten ist in den vergangenen 15 Jahren um rund ein Viertel gewachsen. Das sagte der Präsident der Protestantischen Gemeinden in Ägypten, Andrea Zaki, dem Nachrichtenportal Christian Daily International. Nach seinen Angaben gehören rund 1.500 Ortsgemeinden in etwa 19 Denominationen zur evangelikalen Gemeinschaft des Landes. Sie sind im Generalrat der Evangelischen in Ägypten zusammengeschlossen. Die Zahl der Evangelischen im Land schätzt Zaki auf insgesamt zwei bis drei Millionen. „Wir gelten nach den Koptisch-Orthodoxen als zweitgrößte Kirche im gesamten Nahen Osten." Wie Zaki weiter sagte, hat sich das Verhältnis zum Staat im zurückliegenden Jahrzehnt „dramatisch zum Positiven" entwickelt. Er ist auch Generaldirektor der Koptisch-Evangelischen Organisation für Sozialdienste. Die Gemeinden seien ein fester Bestandteil der ägyptischen Gesellschaft, sagte er. Sie beteiligten sich an der Entwicklung des Landes und arbeiteten mit orthodoxen, katholischen und muslimischen Institutionen zusammen. Die Evangelikalen sind laut Zaki überzeugt, dass Ägypten „ein Land sein sollte, das Muslimen und Christen gemeinsam als Dach dient". Das Verhältnis zwischen Christen und Muslimen sei mit Blick auf Koexistenz, Staatsbürgerschaft und Friedensarbeit „sehr gut". Als Beleg nannte Zaki, dass die Regierung des Staates mit islamischer Rechts- und Verfassungstradition den Evangelikalen in den vergangenen 15 Jahren mehr als 56 Grundstücke kostenlos für den Bau von Kirchen überlassen habe.

Zaki: Regierung fördert Versöhnung

Zaki räumte ein, dass es weiterhin Spannungen gebe. Vereinzelt gebe es „Radikale, die Probleme verursachen". Verändert habe sich jedoch die Reaktion der Behörden. Die Regierung fördere Versöhnung und Koexistenz. Zaki: „Früher hatten wir viele Probleme. Heute haben wir nur wenige, und die Regierung geht sehr positiv damit um." Die Beziehungen zu den anderen christlichen Traditionen bezeichnete er als „sehr gut", vor allem auf Leitungsebene. Den koptisch-orthodoxen Papst Tawadros II. nannte er einen „Freund". Das Verhältnis zum koptisch-katholischen Patriarchen Ibrahim Isaac Sidrak sei „ebenfalls sehr gut". Neben den Kirchen gibt es die Evangelische Allianz Ägyptens (Evangelical Fellowship of Egypt). Sie ist Mitglied der Weltweiten Evangelischen Allianz. Nach Zakis Angaben vereint sie 150 Werke und Organisationen mit insgesamt 2.000 hauptamtlichen Mitarbeitern und mehreren Tausend Ehrenamtlichen. Rund 90 Prozent der etwa 118 Millionen Einwohner Ägyptens sind Muslime. Die Kopten bilden die größte christliche Gemeinschaft des Landes und gelten als eine der ältesten Kirchen weltweit. Ihre Zahl wird auf rund zehn Millionen geschätzt.

Menschenrechtseperte: Christen werden nach wie vor diskriminiert

Der Menschenrechtsexperte Martin Lessenthin (Waldsolms/Mittelhessen) beurteilt die Lage im Land kritischer. „Glaubensgefangene, fehlende Rechtsstaatlichkeit – vor allem zu Lasten von Christen – Polzeiwillkür, familienrechtliche und allgemeine gesellschaftliche Diskriminierung prägen weiterhin den Alltag von ägyptischen Christen", erklärte er auf Anfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. Vor allem unter den Evangelikalen und anderen evangelischen Christen seien viele ehemalige Muslime. Koptisch-orthodoxe Christen gehörten ihrer Kirche in der Regel seit der Geburt an. Die koptisch-orthodoxe Kirche verliere allerdings Mitglieder, die sich anderen Kirchen oder auch dem Islam zuwendeten. Übertritte zum Islam seien oft mit dem Wunsch nach beruflichem Aufstieg oder Familienkonflikten (leichtere Scheidung) begründet. Lessenthin zufolge bedauern viele Kopten, dass sich die orthodoxe Kirchenleitung öffentlich nicht mehr für Opfer von Entführungen oder staatlicher Diskriminierung einsetze. Das sei bis vor einigen Jahren ganz anders gewesen. „Die neue Zurückhaltung gilt leider auch gegenüber dem Schicksal von Glaubensgefangenen oder Rechtsanwälten, die sich für Christen einsetzen sowie der aktuellen Menschenrechtslage im ägyptischen Staat." Die Union koptischer Menschenrechtsorganisationen in Europa (EUCHOR) benenne zahlreiche Gefangene, die wegen Abfalls vom Islam, öffentlicher Islamkritik oder dem Einsatz für Entführungsopfer inhaftiert sind. Viele Christen in Ägypten hofften, dass die koptische Kirchenführung wieder mehr Mut schöpfe, um für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen einzutreten.

Belarus: Katholischer Priester unter geheimnisumwitterten Umständen zu drei Jahren Haft verurteilt

Nichtöffentliches Verfahren gegen 66-jährigen Geistlichen aus der Region Minsk. Menschenrechtler zählen ihn zu den politischen Gefangenen.

Kurzfassung: Ein katholischer Pfarrer in Belarus, Anatol Parachnewitsch (66), ist in einem nichtöffentlichen Prozess zu drei Jahren Haft verurteilt worden. Unten finden Sie die Pressemeldung.

Minsk/Tübingen/ IIRF-D/AA/19.11.26 – In Belarus ist der katholische Priester Anatol Parachnewitsch zu drei Jahren Haft und einer Geldstrafe von umgerechnet rund 680 Euro verurteilt worden. Das meldet das unabhängige Portal katolik.life unter Berufung auf Gemeindemitglieder. Die Katholische Nachrichten-Agentur (KNA), Forum18 und Vatican News haben darüber berichtet. Der 66-Jährige ist Pfarrer in einem Dorf in der Region Minsk.

Anklage und Verfahren
Vorgeworfen wurden ihm die Beleidigung eines Staatsvertreters und die „Förderung extremistischer Aktivitäten". Nach seiner Festnahme Mitte März hatte man sogar eine Anklage wegen Hochverrats befürchtet. Der Prozess fand im Oktober unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Selbst die Erzdiözese Minsk kannte die konkreten Vorwürfe nach Angaben des Berichts nicht. Parachnewitsch will Berufung einlegen.

Kein Einzelfall

- Ende 2024 und im Frühjahr 2025 wurden zwei katholische Ordensleute zu 11 bzw. 13 Jahren Haft verurteilt. Nach einem Treffen zwischen Kardinal Claudio Gugerotti und Alexander Lukaschenko wurden sie im November 2025 begnadigt, mussten das Land aber verlassen.
- Nach Angaben der Gruppe „Christian Vision" durften in diesem Jahr 17 katholische Priester nicht mehr wirken, weil die Religionsbehörde ihre Arbeitserlaubnis nicht verlängert hat. Viele von ihnen stammen aus Polen.
- Menschenrechtsorganisationen zählen Parachnewitsch zu den mehr als 887 politischen Gefangenen in Belarus.

Hintergrund
Katholiken stellen rund zehn Prozent der etwa 9,5 Millionen Einwohner von Belarus.

Der Artikel von Vatican News stützt sich auf dieselbe Quelle (Katolik.live) wie der Beitrag von Forum 18. Ähnliches berichtet Kathpress Österreich.

Die Website und Social-Media-Kanäle von Katolik.live werden von den Behörden von Belarus als extremistisch gelistet. Dasselbe Schicksal teilen nicht nur zahlreiche NGOs, sondern auch Euronews, die belarussischen Dienste von Deutsche Welle und andere.

Folgen für die Betroffenen Organisationen bzw. Kontakte mit diesen:

- **Abonnieren ist strafbar:** Das bloße Abonnieren, Liken oder Folgen eines Kanals (z. B. auf Telegram, YouTube oder Instagram), der als extremistisch eingestuft wurde, kann für Bürger von Belarus bereits zu Geldstrafen, administrativen Arreststrafen (meist bis zu 15 Tage) oder sogar jahrelanger Haft führen.
- **Teilen und Weiterleiten („Extremistische Materialien"):** Wer Inhalte solcher Medien teilt oder Links weiterleitet, riskiert massive Repressionen. Belarussische Gerichte werten dies als „Verbreitung extremistischen Materials".
- **Bei Weitergabe von Informationen drohen lange Haftstrafen:** Personen im Land, die mit als extremistisch eingestuften Organisationen oder Medien kommunizieren – beispielsweise indem sie Informationen, Fotos oder Videos an Journalistinnen schicken –, müssen mit Strafverfahren wegen „Beteiligung an oder Unterstützung einer extremistischen Vereinigung" rechnen. Hierauf stehen **mehrjährige Haftstrafen** (oft zwischen 3 und 7 Jahren).

Ergänzende Informationen von Forum 18:

In einem Bericht vom September verurteilte die Gruppe unabhängiger Menschenrechtsexperten der Vereinten Nationen die Form, in der Gerichtsverfahren gegen Regierungskritiker bzw. als Regierungskritiker wahrgenommene Personen in Belarus geführt werden. Die Expertengruppe äußerte scharfe Kritik darüber, dass die Justiz das Recht auf ein faires Verfahren systematisch verletzt, einschließlich des Grundsatzes der Waffengleichheit im Prozess und des Rechts, von einem Rechtsanwalt der eigenen Wahl vertreten zu werden und ausreichend Zeit und Möglichkeiten zu haben, um die Verteidigung vorzubereiten, sowie des Rechts auf eine öffentliche Verhandlung ohne unangemessene Verzögerung. Ein weiterer Kritikpunkt ist die Verweigerung des Rechts auf die Unschuldsvermutung.

Quellen: Forum 18, Oslo (Bericht vom 6. November 2026 - Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der EAÖ)

Vatican News / KNA nach katolik.life, veröffentlicht am 04.11.2026. : Vatican News – Belarus: Katholischer Priester zu drei Jahren Haft verurteilt

Burundi: Blindenschule auch für Sehende

In dem zentralafrikanischen Land Burundi hat eine christlich geführte Blindenschule, die einst etwa sechzig blinde Schüler im Internat hatte, ihre Schülerzahl nun mehr als verdoppelt, da auch sehende Schüler aufgenommen wurden.
Diese zusätzlichen Schüler, die nicht im Internat wohnen, sind vor allem darauf zurückzuführen, dass die Regierung von den Leistungen der Schule beeindruckt war und folglich den Ausbau der Schule unterstützte sowie Hilfe in Form von Personal und
Finanzmitteln leistete. Einige blinde Schüler schneiden bei offiziellen landesweiten Prüfungen besser ab als sehende Schüler.

Bridgeway/ WORLDNEWS 335 Bridgeway Publications/ AKREF

Deutschland-Iran: Islamismus-Debatte

Pastorin warnt vor Christenverfolgung und islamistischem Regime im Iran

(PRO) Die iranischstämmige Pastorin Mahin Mousapour prangert die Christenverfolgung im Iran an. Zugleich warnt sie vor einer Islamisierung Deutschlands und ruft dazu auf, christliche Werte mutig zu verteidigen.

(Von Norbert Schäfer für PRO vom 16. Oktober 2026) Die iranischstämmige Pastorin Mahin Mousapour hat bei einer Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU (EAK) in Wetzlar eindringlich auf die Verfolgung von Christen im Iran aufmerksam gemacht. Die meisten Christen könnten ihren Glauben dort nur im Untergrund praktizieren. Lediglich wenige Angehörige einiger traditioneller christlicher Kirchen könnten sich eingeschränkt öffentlich zu ihrem Glauben bekennen. Besonders gefährdet seien Menschen, die vom Islam zum Christentum konvertierten. „Ein Glaubenswechsel kann die ganze Existenz gefährden“, warnte Mousapour, die seit rund 40 Jahren in Deutschland lebt und seit 1996 als Pastorin in Frankfurt tätig ist.

Scharfe Kritik übte Mousapour am islamistischen Herrschaftssystem des Iran, das seit der Revolution von 1979 die Bevölkerung unterdrücke. Das Regime missbrauche die Religion zur Machtsicherung und unterstütze islamistisch-terroristische Organisationen wie die Hisbollah und die Hamas. Mousapour sprach von einem regelrechten Franchise-System, in dem „Schmuggler unter Staatsflagge“ eine Schattenwirtschaft betrieben.

Warnung vor Islamisierung

Besonders erschüttert zeigte sich Mousapour über die Gewalttaten gegen Demonstranten bei den landesweiten Protesten im Januar 2026. Sicherheitskräfte hätten wahllos auf Zivilisten geschossen, darunter Frauen und Kinder. Mousapour berichtete zudem von Familien, denen die Leichen ihrer getöteten Angehörigen nur gegen Geld ausgehändigt worden seien. Viele Iraner sehnten sich nach Freiheit und einer Rückbesinnung auf ihre eigene Kultur. „Der Islam hat den Iranern das Leben zur Hölle gemacht“, sagte die Pastorin.

Zugleich warnte Mousapour vor einer zunehmenden Islamisierung Deutschlands und Europas. Sie rief dazu auf, islamistischen Bestrebungen entschieden entgegenzutreten und Politiker zu unterstützen, die sich gegen das iranische Regime engagierten. Vor allem aber forderte sie Christen auf, ihren Glauben selbstbewusst zu leben und sich für dessen Werte einzusetzen. „Christen müssen die christlichen Werte hochhalten und diese pflegen in der Politik“, betonte Mousapour. Mit Blick auf die gesellschaftlichen Herausforderungen ermutigte sie ihre Zuhörer: „Haben Sie keine Angst.“

Hintergrund: Islamische Republik, Proteste und religiöse Minderheiten

Der Iran ist seit der Islamischen Revolution von 1979 unter Ajatollah Chomeini eine Islamische Republik, deren Staatsordnung auf dem schiitischen Islam beruht. Der oberste religiöse Führer und die Revolutionsgarden besitzen weitreichende Machtbefugnisse. Das Land mit rund 90 Millionen Einwohnern ist ethnisch vielfältig: Neben Persern leben dort unter anderem Aserbaidschaner, Kurden, Luren, Belutschen, Araber und Turkmenen. Die Bevölkerung ist mehrheitlich schiitisch-muslimisch; daneben gibt es sunnitische Muslime sowie christliche, jüdische, zoroastrische Minderheiten und Bahai-Gemeinschaften. Konvertiten vom Islam zum Christentum werden staatlich verfolgt. Im Weltverfolgungsindex 2026 des christlichen Hilfswerks „Open Doors“ steht der Iran auf Platz zehn der 50 Länder mit der stärksten Christenverfolgung.

Ende Dezember 2025 begannen im Iran zunächst wirtschaftlich motivierte Proteste, die sich im Januar 2026 zu landesweiten Demonstrationen gegen das Herrschaftssystem ausweiteten. Sicherheitskräfte gingen mit massiver Gewalt gegen die Protestierenden vor. Die Zahl der Todesopfer ist weiterhin umstritten: Während iranische Behörden 3.117 Tote einräumten, gehen Menschenrechtsorganisationen von Zehntausenden Opfern aus. UN-Menschenrechtsexperten betonen, dass das tatsächliche Ausmaß der Gewalt bislang nicht abschließend geklärt werden konnte.

Deutschland: Evangelische Kirche verurteilt antisemitischen Drohbrief

Gießen: EKHN-Kirchenpräsidentin Tietz: Beklemmung und Wut

Gießen/Darmstadt (IDEA) – Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN/Darmstadt) hat einen antisemitischen Drohbrief, den die Jüdische Gemeinde Gießen erhalten hat, scharf verurteilt. Hintergrund: Das anonyme Schreiben war am 12. November zusammen mit einem unbekannten Pulver in der Gießener Synagoge eingegangen. Es hatte einen Großeinsatz von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst ausgelöst. Nach Angaben der Gemeinde wurde das Gemeindezentrum evakuiert. Vier Menschen kamen mit dem Pulver in Kontakt und wurden vorsorglich medizinisch untersucht. Laut einer Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft Gießen ergab eine kriminaltechnische Untersuchung, dass die Substanz weder giftig noch gefährlich war. Die Behörde habe ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung einer Straftat eingeleitet. Die Kirchenpräsidentin der EKHN, Christiane Tietz, erklärte in einer Stellungnahme, sie habe mit Beklemmung von dem Drohbrief erfahren. „Es macht mich wütend, wie oft jüdische Menschen heute so etwas erleben müssen“, so die Theologin. Sie sehe in dem Vorfall eine „Aufforderung, noch klarer zu zeigen, dass jüdisches Leben seinen Platz in Deutschland hat“. Die Evangelischen Dekanate Gießen und Gießener Land sowie die Katholische Pfarrei St. Bonifatius Gießen-Stadt erklärten in einer gemeinsamen Stellungnahme auf der Internetseite der Landeskirche: „Wir verurteilen den hinter dieser Tat stehenden Hass gegen unsere jüdischen Geschwister und jeden Antisemitismus.“

Deutschland: Hamburg: Mit einer Lichterkette für verfolgte Christen einsetzen

Die IGFM weist auf die Lage in Pakistan, Nigeria und Eritrea hin

Hamburg (IDEA) – Mit einer Lichterkette will sich die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) am 21. November in Hamburg auch in diesem Jahr für verfolgte Christen weltweit einsetzen. Die Veranstaltung beginnt um 16 Uhr auf dem Ida-Ehre-Platz in der Hamburger Innenstadt. Im Mittelpunkt stehen die Situation in Pakistan, die Christenverfolgung in Nigeria sowie die Inhaftierung von Pastoren in Eritrea. Besonderes Augenmerk gilt der pakistanischen Christin Shagufta Kiran, die wegen des Vorwurfs der Blasphemie zum Tode verurteilt wurde. Sie war von der IGFM und der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA zur „Gefangenen des Monats März 2025" benannt worden. Die vierfache Mutter und Krankenschwester war am 29. Juli 2021 festgenommen worden. Am 18. September 2024 verhängte ein Gericht in Islamabad das Todesurteil, das nach einer siebenjährigen Haft vollstreckt werden soll. Die Verteidigung hat Berufung eingelegt. Shagufta Kiran befindet sich im Zentralgefängnis in Rawalpindi (Provinz Punjab). Ihre Familie ist weiterhin durch mögliche Übergriffe gefährdet.

Entführt und vergewaltigt – mit Billigung der Justiz

Die IGFM fordert zudem Gerechtigkeit für die pakistanische Christin Maira Shahbaz. Die damals 14-jährige Katholikin war im April 2020 von einem Muslim unter Schusswaffengewalt entführt und brutal vergewaltigt worden. Ihr gelang zwar die Flucht, doch sie muss bis heute im Untergrund leben: Das oberste Gericht der Provinz Punjab sprach sie unter Berufung auf die Scharia ihrem Entführer zu und erklärte die Tat damit nachträglich für rechtens. Die IGFM fordert, das Urteil aufzuheben und sowohl die Entführung als auch die Vergewaltigung für strafbar zu erklären. Solange das nicht geschehe, drohe jedem weiteren christlichen Mädchen in Pakistan dasselbe Schicksal – „mit staatlicher Erlaubnis". Die Veranstalter wenden sich auch gegen das pakistanische Blasphemiegesetz, auf dessen Grundlage Christen zum Tode verurteilt werden.

Nigeria und Eritrea: Massenmord und inhaftierte Pastoren

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Lage in Nordnigeria. Die IGFM verweist darauf, dass dort seit Einführung der Scharia in mehreren Bundesstaaten über 100.000 Christen ermordet worden seien. Die Veranstalter fragen, ob das weitgehende Schweigen der westlichen Welt angesichts der massenhaften Ermordung schwarzer Christen „in die Nähe des Rassismus" komme. Auch die Situation in Eritrea wird thematisiert: Dort sind sieben evangelische und orientalisch-orthodoxe Geistliche seit über 20 Jahren ohne Anklage inhaftiert. Sie wurden bereits alle als „Gefangene des Monats" benannt: Tekleab Mengisteab, Meron Gebreselasie, Kidane Weldou, Gebremedhin Gebregiorgis, Kiflu Gebremeskel, Fitsum Ghebrenigus und Haile Naizgi. Die IGFM wertet dies als gezielten Angriff auf Kirchen.

Breite ökumenische Unterstützung

Die Lichterkette wird neben der IGFM von der Initiative „Gemeinsam für Hamburg" der Evangelischen Allianz in Hamburg sowie der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) Hamburg unterstützt. Die ACK bewirbt die Veranstaltung auch in ihrem November-Rundbrief. In den vergangenen Jahren schlossen sich jeweils rund 100 Menschen der Aktion an und zogen mit farbigen Laternen durch die Innenstadt. Die Teilnehmer werden gebeten, windgeschützte Kerzen und Teelichter mitzubringen. Transparente mit islamkritischen Texten oder Embleme von Organisationen sind nicht erwünscht.

Deutschland: Kirchen begrüßen Religionsfreiheitsbericht der Bundesregierung

EKD und Bischofskonferenz: Verfolgung von Gläubigen weltweit nimmt zu

Hamburg/Münster (IDEA) – Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und die Deutsche Bischofskonferenz haben den vierten Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit begrüßt. Das erklärten die EKD-Ratsvorsitzende, Bischöfin Kirsten Fehrs (Hamburg), und der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Heiner Wilmer (Münster), in einer gemeinsamen Stellungnahme. Der Bericht war am 18. November vom Beauftragten der Bundesregierung für Religions- und Weltanschauungsfreiheit, Thomas Rachel (CDU), vorgelegt worden. Die Bundesregierung breche damit „eine Lanze für die Religionsfreiheit als integralen Bestandteil der Menschenrechte“. Die beiden Kirchenleiter äußerten sich besorgt über die weltweite Entwicklung. Während Einschränkungen der Religionsfreiheit durch autokratische Regime zunähmen und religiös-nationalistische Tendenzen an Boden gewönnen, würden an vielen Orten der Welt Menschen „brutal wegen ihres Glaubens getötet und verfolgt“. Die strukturelle Verankerung des Beauftragten im Auswärtigen Amt sei ein wichtiger Schritt, um dem Schutz der Religionsfreiheit in der deutschen Außenpolitik mehr Gewicht zu verleihen.

Religion als Bezugspunkt der Außenpolitik

Als Kirchen wisse man um die Wirkkraft, die Glaubensvorstellungen in Gesellschaften entwickeln könnten. Den Fokus des Berichts auf die grundlegende Bedeutung von Religion und Religionsgemeinschaften in heutigen Gesellschaften halte man daher für besonders wichtig. Dass der Bericht differenziert darlege, wo und wie Religion eine positive Wirkung haben könne, aber auch die negativen Seiten nicht ausblende, mache ihn umso mehr zu einem brauchbaren Instrument für den menschenrechtlichen Diskurs. Die beiden Bischöfe ermutigten die Bundesregierung, die im Bericht benannten Handlungsfelder „mit Tatkraft“ anzugehen. Dazu zähle insbesondere die Zusammenarbeit mit religiösen Akteuren, die in vielen Ländern den sozialen Zusammenhalt stärkten und Brücken bauen könnten. Als Kirchen sei man mit den „vielerorts bedrängten und verfolgten Geschwistern im Glauben“ besonders verbunden, trete aber ebenso für die Religionsfreiheit aller Menschen ein.

Deutschland: Kirchen fordern Abschiebestopp nach Afghanistan

In dem Land würden Menschenrechte systematisch verletzt

Düsseldorf (IDEA) – Die evangelischen Landeskirchen und die Diakonie in Nordrhein-Westfalen haben die Landesregierung aufgefordert, keine Abschiebungen mehr nach Afghanistan zu vollziehen. Laut einer Pressemitteilung des Verbandes „Freie Wohlfahrtspflege Nordrhein-Westfalen“ schlossen sich die Evangelische Kirche im Rheinland (Düsseldorf), die Evangelische Kirche von Westfalen (Bielefeld) und die Lippische Landeskirche (Detmold) einem entsprechenden Aufruf an. Zur Begründung heißt es darin, Menschen dürften nicht an einen Ort abgeschoben werden, an dem ihre Menschenrechte systematisch verletzt würden. Seit der Machtübernahme der islamistischen Taliban im August 2021 gebe es in dem Land willkürliche Inhaftierungen, Folter, Sklaverei und andere schwere Formen der Misshandlung. Diese Menschenrechtsverletzungen seien „nicht nur normalisiert, sondern auch gesetzlich verankert“ worden. Hinzu komme eine schwere humanitäre Krise. So leide nach Angaben der Welthungerhilfe rund ein Drittel der Bevölkerung akuten Hunger. Der Aufruf kritisiert außerdem die direkte und indirekte Zusammenarbeit der deutschen Bundesregierung mit dem Taliban-Regime zur Durchsetzung von Abschiebungen. Sie untergrabe die internationale Ächtung des Regimes, mit der die Einhaltung der Menschenrechte erzwungen werden solle. Neben den Landeskirchen haben sich dem Aufruf unter anderem Organisationen wie Amnesty International, der Flüchtlingsrat NRW und der „Bundesfachverband zur Unterstützung von Menschen in Abschiebehaft“ angeschlossen.

Deutschland: Klopp: Nmecha wird umstrittenen Torjubel unterlassen

Bundestrainer verteidigt Nationalspieler nach Debatte um christliches Bekenntnis

Belgrad (IDEA) – Fußball-Bundestrainer Jürgen Klopp hat sich hinter den in die Kritik geratenen Nationalspieler Felix Nmecha gestellt. Zugleich kündigte er an, dass der Mittelfeldspieler von Borussia Dortmund seinen umstrittenen Torjubel unterlassen wird. Das sagte Klopp am 12. November bei der Abschlusspressekonferenz der Nationalmannschaft vor dem Nations-League-Spiel in Belgrad gegen Serbien. Nmecha hatte zuvor nach seinen Toren eine imaginäre Krone vor sich auf den Rasen gelegt – als Bekenntnis zu Jesus Christus. Die Geste hatte eine öffentliche Debatte ausgelöst.

„Positive Botschaft" soll unterlassen werden

Klopp berichtete, er habe den Jubel zunächst ohne Hintergedanken wahrgenommen: „Ich habe den Torjubel gesehen und mir absolut nichts dabei gedacht." Erst durch die anschließende öffentliche Diskussion habe er begonnen, sich zu informieren. Ein persönliches Gespräch mit Nmecha sei ihm besonders wichtig gewesen. Den Spieler kenne er seit einigen Monaten als „außergewöhnlich freundlichen, herzlichen, offenen jungen Mann", der im Team „nichts anderes als gute Vibes verströmt". Im Gespräch habe er Nmecha mit den Vorwürfen konfrontiert, die in der Öffentlichkeit erhoben würden, so Klopp. Der Spieler habe klargestellt, damit nichts zu tun zu haben: „Er liebt alle Menschen und diskriminiert niemanden." Damit sei für ihn der wichtigste Teil geklärt. Die Botschaft des Jubels sei eine „ganz persönliche" – Nmecha wolle damit ausdrücken, dass er „Jesus die Krone zu Füßen legt". Eine darüber hinausgehende Botschaft stecke nicht dahinter. Auf die Frage, wie mit dem Torjubel künftig umzugehen sei, habe Nmecha zugesagt, ihn in dieser Form nicht mehr zu zeigen. Klopp sagte, er habe dem Spieler erklärt: „Deine Botschaft ist eine sehr positive, aber sie wird draußen auf eine bestimmte Art und Weise interpretiert."

Deutschland: Offener Brief; Theologen solidarisieren sich mit Felix Nmecha

Pastoren und geistliche Verantwortungsträger fordern „echte Toleranz“

Dortmund (IDEA) – Mehr als 300 Pastoren, Theologen und geistliche Verantwortungsträger haben sich in einem offenen Brief mit dem Fußballnationalspieler Felix Nmecha von Borussia Dortmund solidarisiert. Sie fordern die Verantwortlichen des Vereins um Geschäftsführer Hans-Joachim Watzke auf, sich öffentlich hinter ihren Spieler zu stellen und einen Beitrag zu „echter Toleranz“ zu leisten. Hintergrund ist eine Debatte um einen Torjubel Nmechas, bei dem der Mittelfeldspieler als Bekenntnis zu Jesus Christus eine imaginäre Krone vor sich auf den Rasen legte. Die Geste hatte eine Debatte ausgelöst. Nach einem Gespräch mit Bundestrainer Jürgen Klopp kündigte Nmecha laut Klopp an, den Jubel nicht mehr zu zeigen.

„Wettbewerb der Weltanschauungen“ muss möglich sein

In dem Brief heißt es, man beobachte „mit großer Sorge und deutlichem Befremden“ den Umgang mit Nmecha. Deutschland sei ein „weltanschaulich neutraler Staat“, in dem niemand verpflichtet werden könne, eine bejahende Haltung gegenüber einer bestimmten Sexualethik einzunehmen. Im Rahmen des Grundgesetzes habe auch Nmecha das Recht, seinen Glauben zu leben und öffentlich zu bekennen. Zu den traditionellen christlichen Werten gehöre „von Anfang an die Bejahung des Lebensrechts aller Menschen“ – ausdrücklich auch ungeborener Kinder. Ebenso tief im christlichen Glauben verwurzelt sei eine hohe Eheethik: sexuelle Treue innerhalb der Ehe zwischen Mann und Frau sowie der Verzicht auf sexuelle Beziehungen außerhalb der Ehe. Eine solche Position zu vertreten, sei in Deutschland „nicht nur legal, sondern wertet auch in keiner Weise Menschen ab, die anders denken oder leben“. Die öffentliche Vermittlung und Verteidigung des eigenen Glaubens müsse „im Rahmen eines positiven Wettbewerbs der Weltanschauungen in einem demokratischen Rechtsstaat möglich sein“.

Vorwurf der Doppelmoral

Die Unterzeichner beklagen ein „zunehmendes Schwinden echter Toleranz gegenüber abweichenden Sichtweisen“ sowie die wachsende Forderung nach einer „affirmativen Akzeptanz einer neuen Ethik in den Bereichen Lebensschutz und Sexualethik“. Zudem befremde eine „unangebrachte Doppelmoral bei der Bewertung eines verdienten christlichen Fußballers“, insbesondere im Vergleich zu anderen Religionen mit deutlich restriktiverer Sexualethik und zu säkularen Weltanschauungen. Weder Nmecha noch andere evangelikale Akteure zwängen anderen den christlichen Glauben auf. Die Unterzeichner bitten die BVB-Verantwortlichen, sich öffentlich hinter Nmecha zu stellen, und bieten einen Dialog an, um „in einer zerrissenen und gespaltenen Gesellschaft konstruktive Wege“ zu finden.

Parzany, Schink, Latzel, Hartl unterzeichneten

Zu den Erstunterzeichnern gehören der Pastor der Freien evangelischen Gemeinde Donaueschingen, Johannes Traichel, der evangelische Theologe und Buchautor Ulrich Parzany, der Vorstand der Evangelischen Allianz in Deutschland, Reinhardt Schink, der Pastor des ICF München, Tobias Teichen, der Leiter des Zinzendorf-Instituts in Marburg, Roland Werner, sowie der Gründer des Gebetshauses Augsburg, Johannes Hartl. Ebenfalls unterzeichnet haben der Rektor des Martin Bucer Seminars, Frank Hinkelmann, der Pastor von St. Martini Bremen, Olaf Latzel, und der Vorstand von Open Doors, Artur Schröter.

Deutschland: „Christenverfolgung“ – eine Frage der Definition

Wann kann man von „Christenverfolgung“ sprechen?

(IIRF und IDEA) Wo hört „Diskriminierung“ oder „Bedrängung“ auf, wo fängt „Verfolgung“ an? Welche unterschiedlichen Deinitionen gibt es? Ein Plädoyer von Prof. Dr. Christof Sauer für einen sorgfältigen Sprachgebrauch.

Die einen sprechen von Christenverfolgung, andere von „bedrängten und verfolgten Christen“, und es gibt ein Jahrbuch „Diskriminierung und Verfolgung von Christen“. Zudem ist vielfach umstritten, was unter Christenverfolgung überhaupt zu verstehen ist. Was meinen wir eigentlich, wenn wir von Verfolgung oder Christenverfolgung reden? Und wie geht das angemessen und differenziert? Mit welchen Begriffen? Grundsätzlich hilft es, sich bewusstzumachen, wie verschiedene Begriffe alltagssprachlich verwendet und wie sie in einzelnen Verwendungsfeldern teilweise unterschiedlich abgegrenzt werden.

Begriffsbestimmungen

BEDRÄNGUNG kann alltagssprachlich synonym stehen für Zwang (Nötigung, Bedrohung, Unterdrückung), Beengtheit und Einengung; Bedrängung kann auch anderes als Verfolgung bedeuten. Aus der Lutherbibel ist der heute altertümlich klingende Begriff „BEDRÄNGNIS“ vertraut: Widerwärtigkeiten, die Christen in der Nachfolge Christi erfahren. DISKRIMINIERUNG als ein moderner, auch juristisch verwendeter Begriff – im Sinne von alltäglicher Ungleichbehandlung – grenzt sich ein auf Zurücksetzung, Verleumdung, Einseitigkeit, Herabwürdigung, Beleidigung, Demütigung und Affront. VERFOLGUNG im Allgemeinen ist zunächst ein breiter Begriff. Umgangssprachlich steht er synonym für Verunglimpfung, Hetze, Ermittlung, Nachstellung und Jagd oder Hetzjagd. In bestimmten Zusammenhängen wird er aber auf eng abgegrenzte Sachverhalte eingeschränkt. CHRISTENVERFOLGUNG wird daher ebenfalls als ein weiter Sammelbegriff verwendet, wie auch eng begrenzt auf systematische, staatliche bzw. behördliche oder intensive Verfolgung von Christen. So heißt es beispielsweise im „Ökumenischen Bericht zur Religionsfreiheit 2017“ von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Deutschen Bischofskonferenz (DBK): „Gemeinhin steht er (der Begriff ‚Christenverfolgung‘, d. Red.) für das systematische Aufspüren von Christen und für einen Verfolgungsapparat, wie ihn keine Gesellschaft ohne die Hilfe von Behörden und ihren Spitzeln organisieren kann. Allerdings wird in unserer heutigen Welt eine Verfolgung von Religion und Glauben nur in bzw. von wenigen Staaten mit derartiger Intensität betrieben, dass der Begriff ‚Verfolgung‘ im umgangssprachlichen Sinne angemessen wäre. Die Rede von Christenverfolgung sollte für Phänomene reserviert bleiben, die deutlich über das Erleiden von Verbalattacken oder bloßen Beleidigungen hinausgehen, so verletzend sie im Einzelfall sein können.“ Mich überzeugt diese Argumentation nicht, weil hier manches vermischt wird und schon der umgangssprachliche Gebrauch anders verläuft. Vor allem gibt es zwischen bzw. neben sprachlichen Angriffen und systematischer staatlicher Verfolgung ein großes Feld von unsystematischen und von nichtstaatlichen Phänomenen, wie Ausgrenzung, Diskriminierung, massive Belästigung, Bedrängung oder Bedrohung durch Familie, Kommune oder andere Religions- und Welt- anschauungsgemeinschaften oder einzelnen ihrer Anhänger.

Wie Open Doors Verfolgung deiniert

Verschiedene Interessen führen zu unterschiedlicher Eingrenzung des Verfolgungsbegriffes. Soziologisch und theologisch interessiert man sich für die existenzielle Bedeutung von Verfolgung in vollem Umfang. Darauf zurückzuführen ist die umfassende Deinition des US-Historikers Charles Tieszen von religiöser Verfolgung von Christen als „jegliche ungerechte Handlung verschiedenen Grades von Feindseligkeit, die sich hauptsächlich religiös motiviert gegen Christen richtet und die aus dem Blickwinkel des Opfers Schaden unterschiedlicher Intensität anrichtet“. Bei dem christlichen Hilfswerk Open Doors ist das theologisch formuliert als „jegliche Art von erlebter Anfeindung aufgrund der Identiikation einer Person mit Christus“.

Enges Verständnis im Asylrecht

Juristische Herangehensweisen dagegen führen zu einem engen Verständnis von Verfolgung. Im Asylrecht und Geflüchtetenschutz sind Verfolgte nur Personen, die nach asylerheblichen Merkmalen Verfolgung erlitten haben oder denen Verfolgung droht. Dabei werden Verfolgungshandlungen, Verfolgungsgründe und Verfolger genau abgegrenzt. Das Ziel ist eine Reduzierung der Verantwortlichkeit von Drittstaaten auf das Minimum der gravierendsten Fälle.

Internationales Strafrecht: Nachträgliche Bestrafung

Das internationale Strafrecht wiederum zielt auf eine nachträgliche Bestrafung von Verfolgung und reduziert dabei die Verantwortlichkeit internationaler Gerichtsbarkeit auf das Minimum der allergravierendsten Fälle.

Was die Menschenrechtsperspektive auszeichnet

Eine Menschenrechtsperspektive konzentriert sich auf Verletzungen und Einschränkung der Menschenrechte. Verletzungen der Religionsfreiheit überschneiden sich zwar stark mit Verfolgung, sind aber nicht deckungsgleich. Auch ist nicht alles, was soziologisch und theologisch unter den Begriff Verfolgung gefasst wird, auch eine Menschenrechtsverletzung. Allen Sichtweisen gemeinsam sind aber einige Grundelemente: Es geht um Unrecht, wirkliche Handlungen oder unterlassenen Schutz, verschiedene Formen von Feindseligkeit, tatsächlichen und ernsten Schaden und eine diskriminierende Absicht. Religiöse Verfolgung diskriminiert aufgrund der religiösen Identität der Opfer.

Lässt sich die Intensität von Unrecht begrifflich staffeln?

Verschiedentlich wird versucht, Intensitätsgrade von Unrecht durch gestaffelte Begriffe auszudrücken. So unterscheidet beispielsweise die päpstliche Stiftung „Kirche in Not" vier Eskalationsstufen: Intoleranz, Diskriminierung, Verfolgung und Genozid. Solche Skalen haben eine gewisse innere Logik und bilden einen Ausschnitt der Wirklichkeit ab. Dies funktioniert aber nur, wenn man sich auf eine bestimmte Perspektive beschränkt, in diesem Fall eine menschenrechtliche. Aber einfache Skalen können nie die ganze Wirklichkeit in einer geraden Linie und Reihenfolge erfassen. Die Wirklichkeit ist noch viel komplexer.

Es gibt viele Verfolgungsphänomene

Es gibt beispielsweise viele Verfolgungsphänomene, die gleichzeitig auftreten können: Einerseits gibt es Verfolgung, die speziell auf eine religiöse Gruppe zielt – wie z.B. Christen –, und andererseits Verfolgung, die sich gegen alle vom Verfolger abweichenden Gruppen richtet, wie im Falle von IS oder Boko Haram. Es gibt Verstöße gegen die Menschenrechte durch Staaten – so in Nordkorea – wie auch Menschenrechtsverletzungen durch gesellschaftliche Akteure, so in Pakistan. Verfolgungshandeln kann sich in physischer Gewalt äußern oder in unblutigem Druck, wenn z. B. durch Einführung der Scharia der Lebensraum von Christen in nordnigerianischen Bundesstaaten eingeschränkt wird. Schließlich sind auch Einschränkungen von Interessen von Einschränkungen von Rechten zu unterscheiden. So ist es ein wesentlicher Unterschied, ob das Interesse einer Gemeinde in Deutschland, ihren Saal zu erweitern, aus baurechtlichen Gründen nicht umgesetzt werden kann oder ob eine Kirche in Ägypten überhaupt nicht in der Nähe einer Moschee gebaut werden darf.

Das rechte Wort zur rechten Zeit

Wer also den Begriff Verfolgung verwendet, sollte genau angeben, in welchem Sinn und Zusammenhang das geschieht, und überlegen, ob eine breite Verwendung als Überbegriff oder eine enge Zuspitzung gerechtfertigt ist. So möchte ich einerseits die Begriffe Verfolgung und „Diskriminierung und Verfolgung von Christen" als Überbegriffe bewahren, aber andererseits – wo immer möglich – genau das benennen, was ich meine. In einer Predigt kann das „Leiden um Christi willen" sein und in politischem Zusammenhang „Einschränkungen und Verletzungen der Religionsfreiheit" von Christen oder anderen. Für die politische Willensbildung braucht man auch plakative Begriffe oder ein Schlagwort. Um Solidarität zu wecken, sind oft Worte nötig, die emotional betroffen machen. Um aber komplexe Zusammenhänge genau zu beschreiben, bedarf es einer differenzierten Ausdrucksweise zum Wohle von bedrängten und verfolgten Christen und zugunsten von Religionsfreiheit für alle in allen Staaten.

Der Religions- und Missionswissenschaftler Prof. Dr. Christof Sauer (63) ist Gastprofessor für Religious Studies und Missiology an der Evangelischen Theologischen Faculteit Leuven, ordinierter Pfarrer der Evangelischen Landeskirche in Württemberg sowie Forschungsdirektor des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit (IIRF) der Weltweiten Evangelischen Allianz (WEA).

Dominikanische Republik: Bibeln verschenkt

Kirchenführer überreichen personalisierte Bibeln an Abgeordnete in der gesamten Dominikanischen Republik. In einem weitgehend christianisierten Land bekennen sich viele Politiker zum christlichen Glauben, und dieses Programm, allen politischen
Vertretern eine Bibel in die Hand zu geben, wurde positiv aufgenommen. Doch während viele sagen, sie wollten christliche Werte in der Gesellschaft fördern, müssen diese Werte im Alltag der Politiker und der Kirchgänger im Allgemeinen deutlicher zum Ausdruck kommen.

Christian Daily International/ WORLDNEWS 335 Bridgeway Publications / AKREF

Europa: Angriffe auf Christen um 44 Prozent gestiegen

OIDAC-Jahresbericht: Zuwachs vor allem bei Gewalt gegen Einzelpersonen

Wien (IDEA) – Die Zahl der Angriffe auf Christen in Europa ist 2025 deutlich gestiegen. Das geht aus dem am 16. November in Wien veröffentlichten Jahresbericht der „Beobachtungsstelle für Intoleranz und Diskriminierung gegen Christen in Europa“ (OIDAC Europe) hervor. Demnach gab es mindestens 395 Angriffe auf Einzelpersonen einschließlich Drohungen. Im Jahr zuvor waren es 274. Das entspricht einem Anstieg um rund 44 Prozent. Der Bericht stützt sich auf nationale Polizeistatistiken und auf Daten des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Hinzu kommen Angaben zivilgesellschaftlicher Organisationen. Insgesamt dokumentiert wurden 2.465 christenfeindliche Hassverbrechen und Vorfälle (2024: 2.211; 2023: 2.444). Darin eingeschlossen sind auch Angriffe auf Eigentum, etwa Brandstiftung, Vandalismus und die Schändung von Kirchen und religiösen Symbolen. Angriffe dieser Art überwogen auch in diesem Jahr. Besondere Sorge bereiten der Organisation jedoch die Angriffe auf Personen: Nach Angaben des ODIHR wurden im vergangenen Jahr mindestens zwei Christen in Europa ermordet. Im September 2025 wurde der 45-jährige assyrische Christ Ashur Sarnaya vor seiner Wohnung in Lyon erstochen. Er hatte gerade christliche Botschaften auf Arabisch live im Internet übertragen. Sarnaya war 2014 vor islamistischer Verfolgung aus dem Irak geflohen. Die französischen Behörden stuften die Tat inzwischen als dschihadistisch ein. In Polen wurde ein katholischer Priester in seinem Pfarrhaus gefesselt und getötet. Zudem dokumentierte das ODIHR einen versuchten Mord in Deutschland und eine Messerattacke in Spanien mit drei Verletzten.

Welche Länder besonders betroffen sind

Die meisten Fälle in Behördenstatistiken meldeten Frankreich (843), England und Wales (624), Deutschland (337) und Österreich (134). Am stärksten stiegen die Zahlen gegenüber dem Vorjahr in Frankreich (plus 9 Prozent), Österreich (plus 20 Prozent) sowie England und Wales (plus 24 Prozent). In Frankreich nahmen die Angriffe auf Personen sogar um 70 Prozent auf 109 Fälle zu. Laut französischem Innenministerium verdoppelte sich die körperliche Gewalt gegen Christen. Angriffe auf Geistliche und andere kirchliche Amtsträger vervierfachten sich. Gottesdienststörungen und Drohungen gegen Gottesdienstbesucher stiegen um 86 Prozent. In Deutschland erfasste das Bundeskriminalamt (BKA) 337 politisch motivierte christenfeindliche Straftaten. Darunter waren 14 Körperverletzungen, 34 Fälle von Nötigung oder Bedrohung und ein versuchter Mord. Der Bericht bemängelt, dass Anschläge auf Kirchen nicht automatisch als christenfeindliche Hassverbrechen eingestuft würden. Das gelte etwa für Brandstiftung oder das Verbrennen von Bibeln. Bei den zivilgesellschaftlichen Daten, die das ODIHR sammelte, liegt Deutschland mit 145 Vorfällen europaweit an der Spitze. Es folgen Frankreich (143), Spanien (113), Italien (103), Polen (80) und Großbritannien (60). Als Beispiel nennt der Bericht das inzwischen geschlossene „Stay“-Café der freikirchlichen Zeal Church in Leipzig. Es war wiederholt Ziel von Vandalismus und Graffiti. Weihnachten 2025 kam es zu einem schweren Buttersäure-Anschlag. Die kirchlichen Betreiber machen Linksextremisten dafür verantwortlich. In Spanien gibt es in der Regierungsstatistik keine eigene Kategorie für christenfeindliche Straftaten. Das ODIHR registrierte dort 113 Vorfälle, darunter 25 Fälle von Gewalt und Drohungen gegen Personen.

Hohe Dunkelziffer vermutet

Die Beobachtungsstelle vermutet eine erhebliche Dunkelziffer, vor allem bei Übergriffen auf Personen. Das Institut für Statistik der katholischen Kirche (ISKK) befragte 996 Priester in Polen. Knapp die Hälfte (49,7 Prozent) hatte in den vorangegangenen zwölf Monaten Aggressionen erlebt. 80,8 Prozent meldeten dies jedoch nicht den Behörden. 42,8 Prozent fühlten sich in Priesterkleidung in der Öffentlichkeit unsicher. In Spanien gaben bei einer Umfrage unter 117 katholischen Priestern 67 Prozent an, beleidigt oder verspottet worden zu sein. Für Deutschland verweist der Bericht auf eine repräsentative Umfrage vom April 2025. Danach halten 36,5 Prozent der Bevölkerung feindselige Einstellungen gegenüber Christen für weit verbreitet. Bei den unter 29-Jährigen sind es 48,6 Prozent, bei evangelischen Christen 65,8 Prozent und bei Muslimen 53,3 Prozent.

Kritik an öffentlich-rechtlichen Sendern

Kritisch sieht der Bericht zudem eine teils einseitige Berichterstattung über Christen – so etwa ein Instagram-Video der ARD-‚Tagesschau' vom Mai 2025 über bekennende christliche Fußballprofis. Weitere Beispiele, die im Bericht aufgeführt werden: Die ZDF-Kindersendung „logo!" habe im März 2026 den Islam ausschließlich positiv dargestellt, die christliche Geschichte dagegen durchweg negativ. (LINK www.idea.de/artikel/islam-gut-kirche-boese-manipulation-in-den-zdf-kindernachrichten/) Der WDR-Beitrag „Radikale Christen in Deutschland: Kreuzzug von rechts" unterscheide nicht ausreichend zwischen extremistischen Aktivitäten und legitimem religiösem Engagement. Außerdem bezieht sich der Bericht auf zwei weitere Beiträge des ZDF: die Formulierung „Happy Kadaver" in einer Fronleichnams-Überschrift des „ZDFheute"-Newsletters im Juni 2026 und die Darstellung des gekreuzigten Christus in Jan Böhmermanns „ZDF Magazin Royale" im Oktober 2026. Kritik gilt auch dem Wahlprogramm der Partei „Die Linke" in Sachsen-Anhalt. Es stelle christlich-evangelikalen Fundamentalismus in eine Reihe mit Dschihadismus.

Mehr rechtliche Einschränkungen

Für 2025/26 verzeichnete OIDAC in Europa zudem mehr Fälle, in denen die Religionsfreiheit von Christen rechtlich eingeschränkt wurde, als im vorherigen Berichtszeitraum. Dazu zählen Diskriminierung am Arbeitsplatz, Einschränkungen von öffentlichen Gottesdiensten und religiösen Symbolen sowie Strafverfahren wegen religiöser Äußerungen. So wurden Christen etwa wegen stillen Gebets in Schutzzonen vor Abtreibungseinrichtungen strafrechtlich verfolgt. Nach einer Leitlinie der nordirischen Polizei vom Juli 2026 kann in solchen Zonen bereits das Tragen einer Bibel strafbar sein. In Finnland verurteilte das Oberste Gericht im März 2026 die Parlamentsabgeordnete Päivi Räsänen und den lutherischen Bischof Juhana Pohjola wegen einer Kirchenbroschüre aus dem Jahr 2004. In Berlin hielten Polizisten im Mai 2026 Christen an, die am Brandenburger Tor still beteten und in der Bibel lasen. Die Beamten erklärten, dies sei kein Ort zum Beten. Das Verwaltungsgericht Aachen entschied im März 2026, dass ein polizeiliches Verbot von Gebetsversammlungen von Lebensrechtlern nahe einer Abtreibungseinrichtung rechtswidrig war.

EU-Beauftragter gegen Christenfeindlichkeit gefordert

OIDAC empfiehlt der EU, einen Koordinator für die Bekämpfung von Christenfeindlichkeit einzusetzen. Mandat und Ausstattung sollten denen der Koordinatoren gegen Antisemitismus und antimuslimischen Hass entsprechen. Die Organisation ruft die Regierungen auf, christenfeindliche Hassverbrechen gesondert zu erfassen und Opfer besser zu unterstützen. Medien sollten traditionelle christliche Überzeugungen nicht mit extremistischem Verhalten gleichsetzen. Die Beobachtungsstelle wurde 2010 gegründet. Die verantwortliche Redakteurin des Berichts ist die OIDAC-Geschäftsführerin Anja Tang (Wien). Der vollständige Jahresbericht ist unter www.intoleranceagainstchristians.eu abrufbar.

Ghana: Bischöfe prangern illegalen Bergbau, Drogenhandel und soziale Spannungen an

Accra (Fides) – Die durch illegalen Bergbau verursachten Umweltschäden, die Zunahme des Drogenhandels im Land, die besorgniserregenden Fälle von Disziplinlosigkeit unter Schülern sowie die anhaltenden Konflikte und Spannungen zwischen den Gemeinschaften. Dies sind einige der wichtigsten Probleme, die die Bischöfe von Ghana in einer Erklärung, die sie zum Abschluss ihrer jährlichen Vollversammlung veröffentlichten, den staatlichen Institutionen vorbrachten.

Das Treffen fand vom 3. bis 14. November 2026 im Pastoralzentrum „Divina Provvidenza“ in Jamasi in der Diözese Konongo-Mampong in der Ashanti-Region statt und stand unter dem Thema: „Gemeinschaft, Teilhabe und Mission: Vorbereitung der katholischen Kirche in Ghana auf ihr 150-jähriges Jubiläum im Jahr 2030“.

Die Bischöfe bekräftigten ihre Besorgnis über „die durch illegalen und unverantwortlichen Bergbau (Galamsey) verursachten Schäden, insbesondere die Verschmutzung der Gewässer, die Zerstörung der Waldbestände, die Verschlechterung der landwirtschaftlichen Böden und die Gefahren für die öffentliche Gesundheit“.

Die Bischöfe fordern, dass in den am stärksten betroffenen Gebieten der Notstand ausgerufen wird, um einen verantwortungsvollen und umweltfreundlichen Bergbau zu fördern. „Regulierungsbehörden, Sicherheitsbehörden, traditionelle Autoritäten, religiöse Führer und alle Bürger müssen ihre Kräfte und Ressourcen bündeln, um diesen gemeinsamen Feind zu besiegen. Der Kampf gegen Galamsey muss die Netzwerke der Komplizenschaft bekämpfen, nachhaltige Lebensgrundlagen bieten und die Beteiligung der Gemeinschaften am Umweltschutz fördern“, erklären sie.

Die jüngste Beschlagnahmung von 3 Tonnen Kokain aus einem ghanaischen Hafen in Frankreich hat die Aufmerksamkeit erneut auf das besorgniserregende Ausmaß des Drogenhandels gelenkt, von dem auch Ghana betroffen ist. Die Bischöfe prangern „alarmierende Ausmaße des Drogenhandels und des Drogenmissbrauchs“ an – Phänomene, die eine Bedrohung für die öffentliche Gesundheit, die Stabilität der Familien, die Entwicklung der Jugendlichen und die nationale Sicherheit darstellen.

„Wir fordern die zuständigen Institutionen auf, die auf Erkenntnissen basierenden Bekämpfungsmaßnahmen zu intensivieren, einschließlich der Verhängung angemessener Sanktionen und der Verschärfung der Grenzkontrollen, sowie die Aufklärung der Öffentlichkeit und die Rehabilitationsangebote auszubauen. Ebenso müssen Familien, Schulen und religiöse Einrichtungen die Präventionsarbeit und die Unterstützung für Menschen, die von Substanzabhängigkeit betroffen sind, verstärken“, erklären die Bischöfe.

„Große Sorge bereitet zudem die zunehmende Disziplinlosigkeit in einigen Bildungseinrichtungen, darunter sogar einige unserer religiös geprägten Schulen“, heißt es in der Erklärung weiter. Die Bischöfe führen verschiedene Vorfälle auf: „Gewalt, Respektlosigkeit gegenüber Autoritäten, Unregelmäßigkeiten bei Prüfungen und Vandalismus“.

Als „schmerzlich“ bezeichnen sie zudem die Vorwürfe des sexuellen Missbrauchs einiger Minderjähriger innerhalb der Schulen durch Erwachsene, denen diese anvertraut worden waren. Solche Verhaltensweisen, betonen sie, untergraben den Erziehungszweck der Bildung und die moralischen Grundlagen der Gesellschaft. Die Mitglieder der Bischofskonferenz fordern daher die Behörden auf, gründliche Ermittlungen zu diesen Vorfällen durchzuführen.

„Wir sind zutiefst beunruhigt über die anhaltenden Konflikte und Spannungen zwischen verschiedenen Gemeinschaften in verschiedenen Regionen des Landes, insbesondere in Bawku und Kalba-Gbinyiri“, heißt es in der Erklärung weiter. Diese Konflikte, die sich seit Jahren hinziehen
„Obwohl wir den jüngsten Rückgang der Gewalt in diesen Gebieten anerkennen, fordern wir alle Parteien auf, Zurückhaltung zu üben, auf Gewalt zu verzichten und den Weg des Dialogs, der Versöhnung und des friedlichen Zusammenlebens einzuschlagen“, heißt es in der Erklärung.

Auf kirchlicher Ebene hat die Bischofskonferenz den Vorbereitungsweg für die Feierlichkeiten zum 150-jährigen Jubiläum der Evangelisierung Ghanas festgelegt. Der Weg mit dem Titel „Ein Weg des Glaubens, der Mission und der Hoffnung“ sieht vor, dass jedes der nächsten drei Jahre einer Person der Heiligen Dreifaltigkeit gewidmet ist, als Vorbereitung auf das Jahr 2030:

2027: Jahr Jesu Christi, des Sohnes Gottes;
2028: Jahr des Heiligen Geistes;
2029: Jahr Gottes, des Vaters.

Das Jahr 2030 wird den Höhepunkt der Feierlichkeiten markieren. Der Termin für den offiziellen Beginn der Initiativen wird zu einem späteren Zeitpunkt bekannt gegeben.

(L.M.) (Fides, 16/11/2026)

Jordanien: Todesurteile nach Anschlag auf orthodoxe Kirche

Christliche Kirchenleiter sagen Weihnachtsfeiern aus Solidarität mit den Opfern ab

Amman (IDEA) – Für den Angriff auf die griechisch-orthodoxe St.-Georgs-Kirche in der südjordanischen Ortschaft Hammoud hat ein Gericht drei Männer zum Tode verurteilt. Darüber berichtet die Nachrichtenagentur ACI MENA, der arabischsprachige Dienst von EWTN News. Der Anschlag ereignete sich demnach am 23. Oktober im Gouvernement Karak und richtete sich gegen Trauernde in der Kirche. Dabei starben neun Menschen, rund 30 weitere wurden verletzt. Das Urteil erging am 15. November. Nach Angaben der Nachrichtenagentur wurden die drei Männer wegen Verübung terroristischer Handlungen, des Einsatzes von Waffen und Munition, der Verschwörung zu bewaffneten Taten sowie der Verbreitung des Gedankenguts einer terroristischen Gruppierung schuldig gesprochen. Einem der Verurteilten wird zudem vorgeworfen, die Aktivitäten finanziert zu haben. Die Todesurteile unterliegen noch der Überprüfung durch das Kassationsgericht, Jordaniens höchstes Gericht, und sind damit noch nicht rechtskräftig. Zwei weitere Angeklagte wurden laut ACI MENA unter Berufung auf den Anwalt der Opferfamilien, Amer al-Halsa, zu jeweils sechs Jahren Haft verurteilt. Die Todesstrafe wurde in Jordanien zwar nie abgeschafft, nach einer neunjährigen Unterbrechung aber erst im Juni wieder angewandt.

Weihnachtsfeierlichkeiten abgesagt

Der Rat der Kirchenoberhäupter in Jordanien kündigte einen Tag vor dem Urteil an, dass sämtliche Weihnachtsfeierlichkeiten in diesem Jahr abgesagt werden. Damit solle Solidarität mit den Angehörigen der zehn Menschen bekundet werden. Neben den neun Todesopfer des Anschlags auf die Kirche ist damit auch ein Sicherheitsbeamter inkludiert, der am 5. November bei einem Messerangriff vor der sri-lankischen Botschaft in Amman getötet worden war. Reguläre Gebete, Gottesdienste und seelsorgerliche Aufgaben sollen jedoch weiterhin stattfinden. Die Kirchen seien aufgerufen, das Fest schlicht und würdig zu begehen und dabei Gebeten, Werken der Barmherzigkeit und sozialer Solidarität Vorrang einzuräumen. Weihnachtsbäume sollten in diesem Jahr als Symbole der Hoffnung, Einheit und des Friedens verstanden werden. Kerzen sollten im Gedenken an die Getöteten entzündet und ein Gedenkort eingerichtet werden. Von den 11,5 Millionen Einwohnern Jordaniens bekennen sich 95 Prozent zum Islam, 1,5 Prozent sind Christen unterschiedlicher Konfessionen.

Österreich: Salzburg verzichtet auf Gedenken an verfolgte Christen

KPÖ-Vizebürgermeister begründet Entscheidung mit weltanschaulicher Neutralität

Salzburg (IDEA) – Die Stadtverwaltung von Salzburg beteiligt sich in diesem Jahr nicht an der internationalen Aktionswoche für verfolgte Christen. Anders als im Vorjahr wurde das Schloss Mirabell, Sitz der Stadtverwaltung, am sogenannten „Red Wednesday“ nicht rot beleuchtet, wie verschiedene Medien berichteten. Vizebürgermeister Kay-Michael Dankl von der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) habe die Entscheidung mit der weltanschaulichen Neutralität der Stadt begründet, wie das Nachrichtenportal Salzburg24 berichtete. Stattdessen solle der Sitz der Stadtverwaltung am 22. August weiß beleuchtet werden, so Dankl laut ORF Salzburg. An diesem Tag erinnerten die Vereinten Nationen an die Opfer von Gewalthandlungen aufgrund ihrer Religion oder Weltanschauung. Dieses Gedenken schließe auch Menschen ohne religiöses Bekenntnis ein. Zudem habe Dankl angekündigt, das Schloss ab dem 25. November für 16 Tage orange beleuchten zu lassen, um ein Zeichen gegen Gewalt an Frauen zu setzen. Der Salzburger ÖVP-Gemeinderat Jure Mustac hatte beantragt, das Schloss Mirabell am „Red Wednesday“ erneut rot anzustrahlen. Er kritisierte die Ablehnung laut ORF Salzburg: „Was letztes Jahr möglich war, soll heuer plötzlich gegen die Neutralität verstoßen? Das passt nicht zusammen.“

ÖVP-Gemeinderat nennt christliche Prägung Salzburgs

Mustac verwies demnach zudem auf die christliche Prägung Salzburgs, die sich in Feiertagen, Kirchen und im Stadtbild zeige. Die Stadt sollte deshalb auch für Menschen eintreten, die wegen ihres christlichen Glaubens verfolgt würden. Als Vorbilder nannte er das österreichische Parlament und die Wiener Hofburg, die sich an der Initiative beteiligt hätten. Die geplante weiße Beleuchtung am UN-Gedenktag begrüßte er ausdrücklich. Ein allgemeiner Gedenktag und ein Zeichen der Solidarität mit verfolgten Christen schlössen einander jedoch nicht aus. Während die Stadtverwaltung auf eine Teilnahme verzichte, beteilige sich die katholische Kirche in Salzburg an der Aktionswoche. Nach Angaben des ORF werden der Salzburger Dom und 25 weitere Gebäude der Erzdiözese Salzburg nachts rot beleuchtet.

Hintergrund: „Red Week“ für verfolgte Christen

Ihren Ursprung hat die „Red Wednesday“-Initiative in Brasilien. Dort ließ das Hilfswerk „Kirche in Not“ 2015 die Christusstatue in Rio de Janeiro rot beleuchten, um gegen die Christenverfolgung im Irak zu protestieren. Zu den Bauwerken, die in den vergangenen Jahren rot angestrahlt wurden, zählten auch das Kolosseum und der Trevi-Brunnen in Rom. Die Initiative wurde später zu einer Aktionswoche ausgeweitet und läuft dieses Jahr vom 15. bis 22. November. Der Nationaldirektor von „Kirche in Not“ in Österreich, Tobias Pechmann, schrieb in einer Stellungnahme, die Aktion mache das Leid von über 220 Millionen Christen sichtbar. Die „Red Week“ habe sich zur größten Solidaritäts- und Gebetsaktion weltweit für verfolgte Christen entwickelt. Allein in Österreich beteiligten sich mehr als 400 Kirchen und Klöster an der Aktion. Dies entspreche 65 Prozent mehr Teilnehmern als 2025.

Subsahara-Afrika: „Open Doors“ präsentiert eine Million Unterschriften gegen Christenverfolgung

In keiner Region werden Christen so verfolgt, wie in Subsahara-Afrika. Das Hilfswerk „Open Doors“ warnt seit Langem vor dieser Situation und hat nun in Berlin eine Petition überreicht – und zeigt negative Auswirkungen für Europa auf.

(PRO) Von Martin Schlorke vom 13. November 2026 Mehr als eine Million Unterschriften hat „Open Doors“ gesammelt, um auf die Situation verfolgter Christen in der Region Subsahara-Afrika aufmerksam zu machen. Am Freitag überreichte das christliche Hilfswerk Thomas Rachel, dem Beauftragten der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit, symbolisch die Unterschriften. Mit der Aktion soll auf das Schicksal der Christen in der Region aufmerksam gemacht werden.

Auf Nachfrage von PRO erklärte Rachel: „Christinnen und Christen sowie andere religiöse Gruppen erleben in einigen Teilen Subsahara-Afrikas Bedrängnis und Leid. Es ist gut, dass auch Open Doors die Aufmerksamkeit auf diese Region lenkt.“

Laut „Open Doors“ werden in Afrika südlich der Sahara im Durchschnitt täglich zwölf Christen wegen ihres Glaubens getötet, rund 16 Millionen seien auf der Flucht. In keiner Region der Welt sei christenfeindliche Gewalt verbreiteter als in dieser. Doch die Öffentlichkeit wisse davon kaum etwas. Mehrere Länder der Region belegen auf dem jährlich veröffentlichten Weltverfolgungsindex von „Open Doors“ die vorderen Plätze, etwa Mali oder Nigeria.

Hintergrund der Unterschriftenaktion war die Bitte afrikanischer Christen, auf ihre Situation aufmerksam zu machen, erklärte das Hilfswerk am Freitag in Berlin. Neben dieser Petition, die vor drei Jahren ins Leben gerufen wurde, seien auch konkrete Hilfsprojekte Teil der Kampagne gewesen.

Aus Sicht von Illia Djadi, Afrika-Experte von „Open Doors“, ist einer der Hauptgründe der Verfolgung, die Verschiebung des islamistischen Terrorismus nach Afrika. Heute sei Afrika das Epizentrum des Terrorismus. So seien mittlerweile mehr als 50 Prozent aller Terroropfer weltweit Afrikaner. Ziel der radikal-islamischen Gruppierungen, wie dem IS, sei die Errichtung eines Kalifats, in dem für Christen kein Platz sei.

Situation in Afrika mit Auswirkungen auf Europa

Vor allem in der Sahelzone nehme die Gewalt massiv zu, sagte Djadi. Allein auf diese Region entfallen 42 Prozent aller weltweiten Terroropfer. Aufgrund fehlender Berichterstattung aus dieser Region sei die Situation vielen in Europa nicht bekannt. Doch die Gewalt breite sich immer mehr nach Süden aus. Mittlerweile werde jeder fünfte Christ in Afrika verfolgt. Im Vergleich: Weltweit ist jeder siebte Christ laut „Open Doors“ von Verfolgung betroffen.

Doch die Gewalt betreffe nicht nur Christen oder moderate Muslime in Afrika. Denn der Einfluss der islamistischen Gruppen reiche bis nach Europa. Aus der Subsahara-Afrika Region würde Menschen- und Drogenhandel nach Europa betrieben. Afrika gelte zudem mittlerweile als wichtiger Drogenumschlagplatz für südamerikanische Kartelle.

Südsudan: Stammestraditionen contra Musikinstrumente

Ein traditionelles Stammesgericht im Südsudan verurteilte diesen Monat einen Pastor zu acht Monaten Haft, weil er bei einer Beerdigung Musikinstrumente in einem christlichen Lied eingesetzt hatte.

Im Bundesstaat West-Equatoria erhielt Pfarrer Anthony John Bazugba von der Episkopalkirche der Provinz West-Equatoria (Internal Province) der Episkopalkirche des Südsudans, Gemeinde St. Martin Nabagu, am 4. November das Urteil von einem traditionellen Stammesgericht, bekannt als „Yambio Town C-Court“, wie kirchliche Quellen im Bezirk Yambio mitteilten.

Nach Stammesrecht kann er durch Zahlung einer Geldstrafe in Höhe von 1,3 Millionen südsudanesischen Pfund (200 US-Dollar) freikommen, und er wurde vorübergehend freigelassen, nachdem seine Gemeinde 500.000 aufgebracht hatte, um einen Teil der Summe zu begleichen. Bis er den Restbetrag bezahlt hat, könne er jederzeit wieder inhaftiert werden, sagte er.

Das Urteil schockierte Kirchenführer, die das Urteil des traditionellen Stammesgerichts als Einmischung in kirchliche Angelegenheiten und als Verletzung der Religionsfreiheit betrachteten.

„Ich war einen Tag in Haft, bevor meine Gemeinde mir half, die Zahlung zu leisten“, sagte Pastor Bazugba. „Das Gericht behauptete, ich solle inhaftiert werden, weil ich im Gottesdienst Musikinstrumente eingesetzt habe, während sich der Leichnam des verstorbenen Rev. John Tanga noch im Sarg befand – ein Verstoß gegen die vom Azandi-König in Yambio festgelegten Stammesvorschriften. Obwohl ich nun aus der Haft entlassen bin, kämpfe ich weiterhin darum, die Geldstrafe zu begleichen.“

Pastor Bazugba sagte, dass ihn die ungerechtfertigte Verurteilung wegen einer kirchlichen Veranstaltung und die daraus resultierenden hitzigen Auseinandersetzungen zwischen seiner Gemeinde und Vertretern des Stammes in den sozialen Medien und anderswo zutiefst beunruhigt hätten.

„Am ersten Verhandlungstag, dem 1. November, stand meine Gemeinde fest hinter mir – etwa 200 Mitglieder nahmen an der Verhandlung vor dem traditionellen Gericht teil –, und das Stammeskönigreich warf ihnen vor, sie hätten versucht, die Gerichtsverhandlung zu stören,“ sagte er. „In West-Equatoria im Südsudan gibt es Stammesvorschriften, die mit dem Azandi-Stammeskönig in Verbindung stehen, der sie eingeführt und umgesetzt hat.“

Traditionelle Stammeslieder ohne Musikinstrumente wären erlaubt gewesen, doch die Kirche durfte zu diesem Anlass nur Kirchenlieder singen; nicht-stammeseigene Lieder sowie der Einsatz von Instrumenten verstießen gegen die Stammesvorschriften, erklärte er.

Pastor Bazugba sagte, er habe sich nie gescheut, das Evangelium zu verkünden.

„Ich bete immer zu Gott, dass er mich dazu gebrauche, die Zauber und die traditionellen Kräfte zu zerstören, die dazu benutzt werden, Menschen zu töten und viele Familien zu zerstreuen“, sagte er. „Ich rufe alle Gläubigen dazu auf, für mich zu beten, damit Gott mir hilft, aus dieser belastenden Situation herauszukommen, in der ich mich derzeit befinde. Ich fordere die Behörden auf, die Religionsfreiheit zu gewährleisten und den Menschen zu gestatten, ihre Religionsfreiheit so auszuüben, wie es die Verfassung des Landes vorsieht.“

Zwar sieht die Verfassung des Südsudans Religionsfreiheit vor, einschließlich des Rechts, den eigenen Glauben zu verbreiten und andere zu bekehren, doch ist der Druck durch die Gemeinschaft und die Familie innerhalb der Flüchtlingsbevölkerung, die aus restriktiveren Regionen stammt, nach wie vor hoch. Laut dem „Joshua Project“ sind 63,7 Prozent der Bevölkerung Christen, wobei sich 19,8 Prozent als evangelikal bezeichnen; 26,9 Prozent der Bevölkerung praktizieren ethnische Religionen, und 8,8 Prozent sind Muslime.

Der Südsudan, der nach seiner Unabhängigkeit vom Sudan im Juli 2011 das jüngste Land der Welt war, wurde 2013 von einem Bürgerkrieg heimgesucht. Trotz eines Friedensabkommens aus dem Jahr 2018 dauern die Kämpfe laut den Vereinten Nationen an, und erneute Gewalt, politische Spannungen, Korruption und Straflosigkeit bringen viele Menschen in Gefahr.

Christen sind im Land zur Zielscheibe geworden. Am 25. Februar wurde die Leiche eines Pastors in der Nähe von Juba gefunden, nachdem er am 19. Februar entführt worden war. Die Leiche von Pastor Lino Pasquale von der Hai-Baraka-Pfingstgemeinde wurde gefunden, nachdem er beim Angeln an einem Fluss in Gondokoro, 10 Kilometer (sechs Meilen) von Juba entfernt, entführt worden war. Er wurde laut Angaben von Führungskräften der Sudan Pentecostal Church (SPC) „von unbekannten Bewaffneten gezielt angegriffen und getötet".

Der Mord war kein Einzelfall. Am 14. Januar wurde laut Martin Mogga, dem stellvertretenden leitenden Bischof der Africa Inland Church (AIC), Pfarrer Christopher Maring, ein hochrangiges Mitglied der AIC, ermordet. Pastor Maring sei gegen 19:30 Uhr in seinem Haus im Vorort Gudele von unbekannten Bewaffneten erschossen worden, hieß es.

Kirchenführer in der Region fordern zunehmend besseren Schutz und Ermittlungen zu den gezielten Morden, da die Motive hinter den Angriffen von den lokalen Behörden offiziell weiterhin als „unbekannt" eingestuft werden.

https://morningstarnews.org/2026/11/pastor-jailed-in-south-sudan-for-christian-song-with-musical-instruments/

Usbekistan: Fünf Jahre Haft für das Posten schiitischer Klagelieder

AKREF-A/19.11.26 - Am 7. Oktober 2026, verurteilte das Bezirksgericht für Strafsachen Samarkand den 22-jährigen Schiiten Sunnatillo Akparov wegen der Verbreitung von Marthiyas auf seinem Telegram Kanal zu fünf Jahren Haft. Marthiyas sind schiitische Klagelieder, in denen der Tod des als Märtyrer verehrten Kalifen Husain in der Schlacht bei Kerbela im Oktober des Jahres 680 betrauert wird. Nach Auffassung des Gerichts handelte es sich dabei um „Materialien, die eine Bedrohung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung enthalten". Akparov legte Berufung den Schuldspruch ein, doch am 3. November bestätigte das Landgericht für Strafsachen Samarkand das Urteil.

In der vom Komitee für religiöse Angelegenheiten erstellten „Expertenanalyse" der Marthiyas wurde behauptet, diese förderten die Aktivitäten und Lehren verschiedener (nicht näher genannter) ideologischer Bewegungen. Daraufhin leitete ein Ermittlungsbeamter der Polizei von Samarkand das Strafverfahren wegen der Verbreitung von Materialien, die eine Bedrohung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit darstellen, ein.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 13. November 2026)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der EAÖ

Weltweit: Lage der Religionsfreiheit weltweit verschlechtert

Vierter Bericht zur Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit veröffentlicht

Berlin (IDEA) – Die Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit hat sich weltweit verschlechtert. Zu diesem Ergebnis kommt der vierte Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit, den der Beauftragte der Bundesregierung für Religions- und Weltanschauungsfreiheit, Thomas Rachel (CDU), am 18. November vorgelegt hat. „Weltweit werden Kinder, Frauen und Männer aufgrund ihrer Religion und Weltanschauung zunehmend sozial ausgegrenzt, gesetzlich schikaniert, willkürlich verhaftet und gewaltsam angegriffen“, erklärte Rachel. Der rund 160 Seiten lange Bericht umfasst den Zeitraum 2023 bis 2025 und enthält 30 Länderberichte.

Autoritäre Staaten setzen Minderheiten unter Druck

Nach den Worten Rachels werden religiöse Minderheiten vor allem in autoritären Staaten durch diskriminierende Gesetze und bürokratische Hürden gezielt unter Druck gesetzt. Neben staatlicher Verfolgung fänden auch Angriffe durch nichtstaatliche, extremistische und kriminelle Gruppen statt. Einige der betroffenen Staaten versäumten es, ihre Bürger unabhängig von ihrer Glaubensrichtung wirksam zu schützen. Das Menschenrecht, seine Religion frei wählen, wechseln oder keiner angehören zu können, sei nicht abstrakt: „Für viele Kinder, Frauen und Männer ist es eine Frage von Freiheit oder Verfolgung, Leben oder Tod.“

Haupttriebkräfte der Verschlechterung

Als zentrale Triebkräfte nennt der Bericht die wachsende Anzahl gewaltsamer Konflikte, zunehmende Instabilität sowie die Machtkonsolidierung autoritärer Regime. Hinzu kämen Desinformation und populistische Rhetorik. Autokratien stellten die Universalität der Menschenrechte zunehmend infrage. Besonders anfällig für Einschränkungen seien theokratisch geprägte Systeme sowie autoritäre Staaten, in denen eine Staatsideologie die religiöse Praxis einschränke. Die fortschreitende Digitalisierung und soziale Medien erleichterten Angriffe auf die Religionsfreiheit zusätzlich – etwa durch Hassrede, Blasphemie- und Apostasievorwürfe.

Erstmals eigenes Kapitel zu Transnationaler Repression

Ein besorgniserregender Trend sei die Transnationale Repression (TNR). Staaten überwachten, bedrohten und attackierten Angehörige missliebiger religiöser Gruppen zunehmend über ihre eigenen Landesgrenzen hinaus. Der Bericht widmet diesem Phänomen erstmals ein eigenes Kapitel. Unter TNR fallen etwa physische Angriffe, Ausspähung, digitale Einschüchterung, der Missbrauch von Fahndungsersuchen oder Druck auf Familienangehörige im Herkunftsstaat. Als Hauptverursacher nennt der Bericht unter anderem Russland, Iran und China. Im Fokus chinesischer TNR-Praktiken in Deutschland stünden neben Regierungskritikern vor allem Uiguren, Tibeter und Mitglieder der Falun-Gong-Bewegung. Erfahrungswerte lägen außerdem nahe, dass auch Angehörige des christlichen Glaubens in Teilen aufgrund ihrer Religionsausübung im Fokus chinesischer Aufklärungs- und Repressionsbemühungen stünen. Weltweit sei die Datenlage zum Zusammenhang zwischen TNR und Religions- und Weltanschauungsfreiheit noch unzureichend. Dennoch deute die Datenlage auf einen Zusammenhang zwischen TNR und Religions- und Weltanschauungsfreiheit hin.

Zwischen Mobgewalt, Bandenkriminalität, Sinisierung und islamistischer Gewalt

Von den 30 Länderberichten führt der Bericht unter anderem China, Pakistan und Nigeria als Beispiele für eine Verschlechterung an. In China werde mit neuen Gesetzen die sogenannte „Sinisierung" der Religionen fortgesetzt. Religion werde der „nationalen Identitätsbildung, patriotischen Erziehung und Extremismusbekämpfung" untergeordnet. Seit Frühjahr 2025 sei eine schwere Repressionswelle gegen größere christliche Hauskirchengemeinden zu beobachten. In Pakistan werde das Blasphemiegesetz verstärkt angewendet: 2024 habe es 344 Fälle gegeben, mindestens 24 Personen seien durch Mobgewalt getötet worden. Zwischen 2021 und 2024 seien zudem 421 junge Frauen – vor allem Hindus und Christinnen – zwangskonvertiert worden. In Nigeria werde die Religionsfreiheit durch islamistische Terrorgruppen wie den sogenannten Islamischen Staat Westafrikas (ISWAP) und Boko Haram stark eingeschränkt. In Nigeria werde die Religionsfreiheit durch islamistische Terrorgruppen wie den sogenannten Islamischen Staat Westafrikas (ISWAP) und Boko Haram eingeschränkt. Diese griffen gezielt sowohl christliche als auch muslimische Gemeinden an, die nicht ihrer dschihadistischen Ideologie entsprächen. In Mexiko gingen die Einschränkungen hingegen von der organisierten Kriminalität aus. Banden nähmen religiöse Führungspersönlichkeiten ins Visier. Diese hätten häufig einen großen und positiven Einfluss in ihrer Gemeinde und widersetzten sich den Gruppen. Vor allem religiöse Akteure, die sich sozial engagieren, seien gefährdet.

Kleine Lichtblicke

Der Bericht nennt auch einige kleine Lichtblicke: So habe sich beispielsweise sich die Sicherheitslage in Ägypten für koptische Christen im urbanen Raum im Vergleich zu den Jahren nach 2011 verbessert. In ländlichen Regionen, insbesondere in Oberägypten, bleibe die Lage jedoch fragiler. Der interreligiöse Dialog zwischen dem Großimam der Al-Azhar-Universität, Ahmed Al-Tayyeb, und dem koptischen Papst Tawadros II. bestehe fort. Auch in Saudi-Arabien seien im Rahmen der Reformagenda „Saudi Vision 2030" Ansätze zu größerer interreligiöser Toleranz erkennbar, etwa durch die Duldung christlicher Gottesdienste in geschützten Räumen.

Verankerung im Auswärtigen Amt

Durch die Verankerung des Amtes des Beauftragten der Bundesregierung für Religions- und Weltanschauungsfreiheit im Auswärtigen Amt seit Mai 2025 habe die Bundesregierung ihren außenpolitischen Fokus auf den weltweiten Schutz dieses Rechts weiter geschärft, heißt es zum Schluss. Zur Stärkung der Religionsfreiheit weltweit formulierte die Bundesregierung im Bericht unterschiedliche Maßnahmen. Unter anderem sollen künftig religiöse Akteure noch stärker als wichtige Gesprächspartner wahrgenommen werden. Zudem will die Bundesregierung ihre für 2027 bis 2029 geplante Mitgliedschaft im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen dafür nutzen, sich für Religions- und Weltanschauungsfreiheit einzusetzen.

Weltweit: Pew - Muslime bilden 2035 die größte religiöse Gruppe

Sie werden dann die Christen überholt haben – Grund ist höhere Fruchtbarkeit

Washington, D.C./Boston (IDEA) – Muslime werden voraussichtlich 2035 die größte religiöse Gruppe weltweit bilden und damit die Christen an der Spitze ablösen. Das geht aus einer Studie des US-Meinungsforschungsinstituts Pew Research Center (Washington, D.C.) hervor. Das Zentrum geht in einer Projektion davon aus, dass es in neun Jahren 2,57 Milliarden Muslime und 2,52 Milliarden Christen geben wird. 2020 lag die Zahl der Christen bei 2,27 Milliarden und die der Muslime bei 2,02 Milliarden. Wenn sich die jüngsten Trends so fortsetzen, werden 2070 der Studie zufolge 3,6 Milliarden Menschen Muslime und drei Milliarden Christen sein. Wesentlicher Grund für die Entwicklung sei, dass Muslime mehr Kinder bekommen als Angehörige anderer Religionen. Muslime hätten mit 3,1 Kindern pro Frau (2020-2025) die höchste Fruchtbarkeitsrate, gefolgt von Christen (2,5) und Juden (2,3). Muslimische Mütter hätten in diesem Zeitraum etwa 252 Millionen Kinder zur Welt gebracht, christliche Mütter 208 Millionen. Muslime seien die einzige religiöse Gruppe, von der man erwarte, dass sie in den kommenden Jahrzehnten eine wachsende Zahl von Geburten habe. Pew geht davon aus, dass die meisten Muslime 2070 in Pakistan leben werden, gefolgt von Indien, Nigeria und Indonesien, das Land mit den derzeit meisten Muslimen.

Zahl der Christen: DR Kongo überholt USA

Auch bei den Christen rechnet das Institut mit großen regionalen Verschiebungen. Mehr als die Hälfte der weltweiten Christenheit werde 2070 in Afrika südlich der Sahara leben (54 Prozent). In der Demokratischen Republik Kongo werde dann die Zahl der Christen höher liegen als in den USA, dem jetzigen Spitzenreiter. In Nordamerika werde der Anteil der Christen an der Bevölkerung bis 2070 voraussichtlich von 63 auf 46 Prozent sinken. In Europa erwartet das Institut einen Rückgang von 67 auf 52 Prozent. Der Anteil der Muslime werde sich von sechs auf 13 Prozent verdoppeln. In Deutschland liege der Christenanteil dann noch bei 42 Prozent. Europäische Christen erlebten voraussichtlich künftig weiter mehr Todesfälle als Geburten. Außerdem werde eine größere Anzahl von Menschen den christlichen Glauben verlassen, als sich zu ihm zu bekehren.

Wie es bei den anderen Religionen aussieht

Der Studie zufolge wird die Weltbevölkerung bis 2070 um 29 Prozent auf über zehn Milliarden wachsen. Im Blick auf die Hindus heißt es, dass ihre absolute Zahl zwar auf 1,38 Milliarden steige (+17 Prozent), aber ihr Prozentsatz an der Weltbevölkerung sinke. Bei den Juden sei es ähnlich (plus 20 Prozent auf etwa 20 Millionen). Fast zwei Drittel von ihnen (62 Prozent) lebten dann in Israel, gegenüber 46 Prozent 2020. Der Buddhismus werde zahlenmäßig deutlich schrumpfen auf rund 250 Millionen Anhänger (-23 Prozent). Dies hänge vor allem mit dem Rückgang der Bevölkerung in Ländern wie China, Japan und Südkorea zusammen. Hinsichtlich anderer Religionen, darunter Bahai, Taoisten, Sikhs und Anhänger von Volksreligionen, erwartet das Institut eine „bescheidene Zunahme“ auf etwa 190 Millionen Anhänger (unter zwei Prozent der Weltbevölkerung). Für die Menschen, die keiner Religionsgemeinschaft angehören, prognostiziert Pew einen Rückgang um zehn Prozent auf 1,72 Milliarden.

Andere US-Einrichtung sieht Christentum weiter vorn

Deutlich optimistischer hinsichtlich der zahlenmäßigen Entwicklung des Christentums ist das Zentrum für Studien der Weltchristenheit am theologischen Gordon-Conwell-Seminar in South Hamilton bei Boston (Bundesstaat Massachusetts). Laut deren Statistikplattform „World Christian Database“ von 2025 werden die Christen auch in den kommenden Jahrzehnten in der Mehrheit sein. Nach dieser Projektion wird es 2050 3,31 Milliarden Christen (2025: 2,65 Milliarden) und 2,86 Milliarden Muslime geben (2025: 2,06 Milliarden). Selbst für 2075 geht die Einrichtung davon aus, dass die Christen (3,68 Milliarden) zahlenmäßig vor den Muslimen (3,42 Milliarden) liegen werden.

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:
Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)
Spendenkonto:
IBAN: DE87520604100000416800
BIC: GENODEF1EK1
Evangelische Kreditgenossenschaft
Verwendungszweck „AKREF"
Gerne können Sie auch online spenden.

Links

www.csi-de.de

https://islam.ead.de/

https://akref.ead.de/

https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]